



EUROPÄISCHES PARLAMENT

Dr. Horst Schnellhardt
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europa-Kommunal

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
19. August 2008



1. Handykosten international

Die Kommission will der Goldgräbermentalität der Mobilfunkanbieter ein Ende setzen. Sowohl für innerstaatliche Handytelefonate als auch für innereuropäische SMS-Mitteilungen sollen den Mobilfunkanbietern europaweit Obergrenzen für die Preisgestaltung vorgegeben werden. Und schließlich soll auch gegen die Abzocke bei den Klingeltönen eingeschritten werden.

2. Handytelefonate

Die Preise für Handytelefonate von Netz zu Netz sollen um 70 % gesenkt werden. Nach der Absenkung der Preise für grenzüberschreitende Mobilfunkgespräche kommen jetzt die Inlands-telefonate an die Reihe. Das soll durch Ermäßigung der Terminierungsentgelte erreicht werden. Das sind die Gebühren, die der Netzbetreiber eines angerufenen Kunden dem Netzbetreiber des Anrufers für die Zustellung eines Anrufs in Rechnung stellt. Dafür werden in Deutschland von den Mobilfunkbetreibern ihren Konkurrenten acht Cent in Rechnung gestellt. Damit sind diese Weiterleistungskosten rund achtmal so hoch wie der Preis für die entsprechende Weiterleitung eines Ferngesprächs im deutschen Festnetz. Gegenwärtig subventionieren die Festnetzbetreiber und ihre Kunden indirekt die Mobilfunkbetreiber, weil sie Zustellungsentgelte für Anrufe in die Mobilfunknetze überhöht bezahlen. Der Umfang dieser Quersubventionierung wird in Deutschland für 1998–2006 auf 10 Milliarden Euro geschätzt. Die Höhe der Terminierungsentgelte wird unter Mitwirkung der nationalen Regulierungsbehörden festgelegt. Gegenwärtig führen die Entscheidungen der nationalen Regulierer allerdings zu sehr unterschiedlichen Entgelten in der EU.

Die endgültigen Vorgaben der Kommission sollen im Herbst veröffentlicht werden. Die nationalen Regulierungsbehörden müssen die neuen Vorgaben dann bis Ende 2011 umsetzen. Die Einführung fester Preisgrenzen, wie sie die EU im vergangenen Jahr für grenzüberschreitende Handy-Telefonate mit Erfolg eingeführt hat, ist für Inlandsgespräche aber nicht geplant.

Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1016&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. SMS – Mitteilungen

Die Kosten für grenzüberschreitende SMS sollen ab 2009 drastisch gesenkt werden, von derzeit durchschnittlich 29 auf 12 Cent. In der EU werden von Touristen und Geschäftsleuten jährlich 2,5 Milliarden SMS-Nachrichten und andere mobile Datendienste über die nationalen Grenzen hinweg gesendet. Nach Feststellungen der Kommission zahlt ein schwedischer Tourist in Spanien für eine in die Heimat geschickte SMS 40 Cent, ein deutscher 41, ein polnischer 45 und ein Engländer sogar 63 Cent. Damit sind grenzüberschreitende SMS, sog. Roaming-SMS, um ein vielfaches teurer als im Inland versandte Textnachrichten; so werden in Deutschland für

Inland-SMS im Durchschnitt 19 Cent fällig. Die Kommission will daher mit gesetzlichen Maßnahmen der „Abzocke“ ein Ende bereiten. Darüber hinaus will sie auch den „Preisschocks“ ein Ende setzen, die Roaming-Kunden beim Erhalt ihrer Handy-Rechnung erleben können, wenn sie über eine mobile Verbindung im Internet gesurft sind. Mit Gesetzesvorschlägen der Kommission an das Parlament und den Rat wird für den Frühherbst gerechnet.

Pressemitteilung der Kommission

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Handy – Klingeltöne

Der 700 Mio. Euro-Markt für Handy-Klingeltöne missachtet Verbraucherrechte. Dagegen will die Kommission jetzt im Rahmen der bestehenden Vorschriften vorgehen. Eine Untersuchung von 558 Anbietern in allen 27 EU-Ländern hat bei vier von fünf geprüften Internetseiten gravierende Verstöße gegen den Verbraucherschutz festgestellt; in Deutschland wurden 20 von 30, in Großbritannien 39 von 43 Seiten wegen irreführender Angaben beanstandet. So sind „kostenlose“ Klingeltöne - versteckt oder unklar ausgewiesen – mit dem Abschluss kostenpflichtiger Abonnements verbunden. 70 % der geprüften Anbieter geben keine E-Mail Adresse an, unter der sie zu erreichen sind, was Beschwerden und Kündigungen besonders schwierig macht. Gerade weil sich die Hälfte der Angebote gezielt an Kinder und Jugendliche richtet, sind irreführende Preishinweise, falsche Angaben über Abo-Laufzeiten und im Kleingedruckten versteckte zusätzliche Gebühren besonders gravierende Verstöße gegen Verbraucherrechte.

Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1169&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

5. Roaming-Website

Es gibt jetzt eine spezielle Roaming-Website. Damit will die Kommission die derzeit berechneten Preise transparent machen, wenn Kunden mit ihrem Handy im EU-Ausland Textnachrichten versenden oder im Internet surfen. Grundlage dafür sind Daten der Europäischen Regulierungsstellen und Angaben der Mobilfunkbetreiber.

Die neue Roaming-Website der Kommission (Englisch) unter

<http://ec.europa.eu/roaming>

6. Schulmilch

Auch weiterführende Schulen können das EU-Schulmilchprogramm in Anspruch nehmen. Mit den neuen einfacheren Regeln und einem attraktiveren Produktangebot sollen in Zukunft noch mehr Schulen, insbesondere auch weiterführende Schulen an der Schulmilchregelung teilnehmen. Die EU-Zuschüsse werden in Zukunft eine breitere Palette von Milchprodukten abdecken: von traditioneller Trinkmilch bis hin zu Käsen, einschließlich bestimmter fermentierter Milchprodukte mit oder ohne Fruchtzugabe, wie z.B. Joghurt, Buttermilch, Kefir usw. Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, die Produkte auszuwählen, die sie verteilen möchten, und können sich beispielsweise entscheiden, besonderes Augenmerk auf fettarme Milchprodukte zu legen.

Die Presseerklärung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1131&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Das Schulmilchprogramm unter

http://ec.europa.eu/agriculture/markets/milk/schoolmilk/index_de.htm

7. EU – Schulprojekttag 2009

Am 12. Juni 2009 wird wieder ein „EU-Schulprojekttag“ durchgeführt. Der thematischer Schwerpunkt werden die Arbeit des Europäischen Parlaments und die EU - Wahlen sein. Mit dem Projekttag soll durch Diskussionen mit Politikern und Vertretern europäischer Institutionen das Interesse an der EU geweckt werden. Informationen für Schulen und Lehrkräfte rund um den Projekttag unter

<http://www.eu-projekttag.eu/>

8. Lernen im Ausland

Lernzeiten im Ausland sollten eher die Regel als die Ausnahme sein. Das ist die Empfehlung einer von der Kommission veranlassten Untersuchung. Danach sollen die Möglichkeiten für die Mobilität zu Lernzwecken deutlich erweitert werden. Insbesondere sollen nicht nur Studierende, sondern junge Menschen generell einbezogen werden, wie zum Beispiel Lehrlinge, Schüler der Sekundarstufe sowie Jungunternehmer, Kunstschaffende und Freiwillige. Die Untersuchung schlägt eine neue Partnerschaft zur Ankurbelung der Mobilität vor, zwischen der EU, den Mitgliedstaaten, den Regionen, den verschiedenen Bildungseinrichtungen und den Unternehmen.

Weitere Einzelheiten des Berichts unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1126&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en->

9. Aktionsplan Nachhaltigkeit

Die Kommission hat einen Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Konsum, Produktion und Industriepolitik vorgelegt. Hauptziel ist die umweltfreundliche Gestaltung von Produkten, vor allem die Senkung des ihnen zuzurechnenden Energieverbrauchs und die stärkere Verbreitung umweltfreundlicher Produkte. Der Aktionsplan sieht Maßnahmen in drei Bereichen vor: neue Produktpolitik, schlanke Produktion und weltweite Förderung der Nachhaltigkeit von Produktion und Verbrauch. U.a. sollen unter die Ökodesign-Richtlinie künftig auch alle energieverbrauchsrelevanten Produkte fallen, bei deren Nutzung keine Energie verbraucht wird, die aber einen indirekten Einfluss auf den Energieverbrauch haben, z.B. Fenster und wassersparende Gestaltung von Bädern, Duschen, Wasserhähnen, Isolier- und Dämmstoffen. Das Verfahren für die Vergabe des EU-Umweltzeichens soll billiger und einfacher und auf eine breitere Palette von Produkten und Dienstleistungen angewandt werden, u. a. auf Speisen und Getränke.

Für den kommunalen Bereich von besonderer Bedeutung ist der Bereich umweltfreundliche Beschaffung, die sog. „Grüne öffentliche Auftragsvergabe“. Darüber wird berichtet, sobald die Mitteilung der Kommission „Öffentliche Auftragsvergabe für mehr Umweltschutz“ in Deutsch abgerufen werden kann. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Der Aktionsplan unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/507&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zur umweltorientierten öffentlichen Beschaffung (englisch) unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/514&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

10. Ökologisierung des Verkehrs

Die Kommission will den Verkehrssektor in Richtung Nachhaltigkeit lenken. Dafür hat sie am 08.07.2008 ein Paket von Initiativen mit dem Ziel auf den Weg gebracht, dass die Preise im Verkehrssektor die der Gesellschaft tatsächlich entstehenden Kosten widerspiegeln. Das Paket enthält weiterhin einen Vorschlag für ökologisch sinnvolle Mautgebühren für schwere Nutzfahrzeuge (siehe nachfolgend EUK 43.13), wobei die Einnahmen zur Reduzierung verkehrsbedingter Umweltschäden und von Staus zweckgebunden sind. Schließlich enthält das Paket eine Mitteilung zur Verringerung der Lärmbelastung durch den Schienengüterverkehr. Die Regelungen, die der Bestätigung durch das Parlament und den Rat bedürfen, sollen für Lkw vor 2011, hinsichtlich der Verminderung des Schienenverkehrslärms bis 2011, in Kraft treten.

Die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 08. Juli 2008 zur Ökologisierung des Verkehrs finden unter

http://ec.europa.eu/transport/greening/doc/communication/2008_07_greening_transport_communication_de.pdf

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

11. Mautgebühren

Schwere Nutzfahrzeuge sollen durch Mautgebühren auch für die Kosten von Staus, Luftverschmutzung und Lärm zur Kasse gebeten werden. Das ist das Kernstück des von der Kommission am 8. Juli 2008 vorgelegten Pakets zur Ökologisierung des Verkehrs (siehe vorstehend EUK 43.12). Dabei geht es um die Novellierung der Wegekosten-Richtlinie (Richtlinie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge – Eurovignette). Ziel ist die Festlegung eines Rahmens, mit dessen Hilfe die Mitgliedstaaten Mautgebühren je nach verkehrsbedingter Luft- und Lärmbelastung und Verkehrsaufkommen – und das nicht nur für Autobahnen - berechnen und variieren können. Dies bildet einen Anreiz für Spediteure, umweltfreundlichere Fahrzeuge zu kaufen und ihre Logistik und Fahrtenplanung zu verbessern. Die Mautgebühren müssen mittels elektronischer Systeme erhoben werden, wobei die Einnahmen für Projekte zu verwenden sind, mit denen die negativen Auswirkungen des Verkehrssektors abgemildert werden können. Hierunter fallen z. B. Projekte für die Erforschung und Entwicklung lärmarmere und energieeffizienterer Fahrzeuge, aber auch der Bau von Lärmschutzwänden. Die Berechnung der Mautgebühren muss sich auf ein gemeinsames Verfahren stützen, so dass die Gebühren transparent, verhältnismäßig und mit dem Binnenmarkt vereinbar sind. Der Kommissionsvorschlag wird dem Parlament und dem Rat zur Beratung und Verabschiedung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens vorgelegt. Parlament wie auch Rat haben im Vorfeld die Kommission aufgefordert, diesen Vorschlag auszuarbeiten, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass das Paket rasch verabschiedet wird und noch vor 2011 in Kraft treten kann.

Weitere Informationen unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

12. OPEN DAYS 2008

Die OPEN DAYS 2008 finden vom 6. bis 9. Oktober 2008 statt. Die diesjährige Brüssler Veranstaltung mit 143 Veranstaltungen zu kommunalrelevanten Europathemen steht unter dem Motto „Regionen und Städte in einer sich verändernden Welt“. Die offizielle Internetseite enthält detaillierte Informationen zu allen Seminaren, Workshops, Rednern, Terminen und Veranstaltungsorten sowie eine Schritt-für-Schritt-Anleitung für die Anmeldung.

Niedersachsen nimmt zusammen mit den Nord- und Ostniederländischen Provinzen, Niederschlesien, Großpolen, Emilia-Romagna, Navarra, East Midlands, Yorkshire & Humber und der Region Pilsen als Konsortium an den "Open Days 2008" vom 6. bis 9. Oktober in Brüssel teil. Die Website für die Anmeldung ist in diesen Tagen freigeschaltet worden.

Anmeldung unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2008/registration.cfm

13. Finanzieller Ausgrenzung

Millionen Menschen in Europa haben kein Spar- oder Girokonto. In den Ländern der EU-15 haben zwei von zehn Erwachsenen kein Bankkonto; 30 % haben keine Sparkonten, und 40% haben keine Kreditmöglichkeiten. Im Gegensatz dazu ist ein Drittel der Menschen in den neuen Mitgliedstaaten von finanzieller Ausgrenzung betroffen, mehr als die Hälfte verfügt über kein Girokonto, etwa ebenso viele haben keine Sparmöglichkeit, und fast drei Viertel haben keinen unmittelbaren Zugang zu Krediten.

Die Studie unter

http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/2008/financial_exclusion_memo_de.pdf

14. Lebensmittelkontrollen

Das EU-Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel funktioniert. 2006 wurden über 7.300 Meldungen an das EU-Schnellwarnsystem geschickt. Das waren so viele, wie nie zuvor. Das Schnellwarnsystem ist ein Instrument zum raschen und effektiven Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, wenn in der Handelskette für Lebens- oder Futtermittel Risiken für die menschliche Gesundheit festgestellt werden.

Zum Schnellwarnsystem siehe unter

http://www.bmelv.de/cln_044/nm_749972/sid_7C1F86409DE049D79CB0B7DC7016484B/DE/02-Verbraucherschutz/Lebensmittelsicherheit/Lebensmittelueberwachung/RASFF.html__nnn=true

15. Jahr der Freiwilligenarbeit

Das Jahr 2011 soll Europäisches Jahr der Freiwilligenarbeit werden. Dafür soll eine Europäische Agenda für die Zukunft der Freiwilligenarbeit ausgearbeitet werden. Das Jahr 2011 wurde ausgewählt, weil sich dann das Internationale Jahr der Freiwilligen der Vereinten Nationen zum 10. Mal jährt.

Die Erklärung des Parlaments unter

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-33889-189-07-28-901-20080709IPR33888-07-07-2008-2008-false/default_de.htm

Siehe auch unter

http://www.cev.be/data/File/European_Year_Background_Paper_DE.pdf

16. Musik – Lärm

Termin: 27. August 2008

Es bestehen Gesundheitsrisiken durch Lärm von Musikspielgeräten und Handys mit Musikspiel-funktion. Zu diesem Ergebnis kommt ein vorläufiger Bericht, der im Auftrag der Kommission erstellt worden ist. Zu diesen Aussagen kann nun im Rahmen einer Online-Konsultation bis zum 27.08.2008 Stellung genommen werden.

Der vorläufige (englisch) Bericht unter

http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihhr/docs/scenihhr_o_017.pdf

Die Konsultation unter

http://ec.europa.eu/health/ph_risk/committees/04_scenihhr/scenihhr_cons_08_en.htm

17. Videoclip-Wettbewerb

Termin: 6. Oktober 2008

Es gibt einen besonderen Wettbewerb für Jugendliche und Hobbyfilmer. Im Rahmen des Projekts "Sprachen ohne Grenzen" hat das Goethe-Institut aufgerufen, Handy-Videos zum Thema Mehrsprachigkeit zu erstellen. Unter dem Motto "Bist du auch in anderen Sprachen cool?" werden einfallsreiche Clips gesucht, die zeigen, warum es "cool" ist, wenn man sich in möglichst vielen Sprachen verständigen kann.

Der Wettbewerb läuft bis zum 06. Oktober 2008. Einzelheiten unter

<http://www.goethe.de/ges/spa/prj/sog/hfw/deindex.htm>

18. Ratspräsidentschaft

Die Prioritäten der Französischen Ratspräsidentschaft sind veröffentlicht unter

http://www.eu2008.fr/webdav/site/PFUE/shared/ProgrammePFUE/Programme_DE.pdf

Die letzte Nachricht zum Schluss

19. Duschen

Auch das noch: Wir duschen zu lange! Das hat nach einem Bericht der dpa der britische königliche Chemiker-Verein nach einer Befragung von mehr als 2.000 EU-Bürgern festgestellt. . Danach duschen vor allem Briten und Deutsche gerne länger: Rund ein Drittel der Befragten steht bis zu zehn Minuten unter der Brause. Und was sagt da der Chef des britisch königlichen Vereins Richard Pike? „Wir dürfen nicht bis kurz vor Zwölf warten, um das bevorstehende Umweltdebakel zu bekämpfen: Man sollte in der Lage sein, in wenigen Minuten zu duschen.“ Einige Menschen stünden sogar eine halbe Stunde in der Dusche, was „absurd und maßlos“ sei.

Wie sagt doch das alte britische Sprichwort? Das Gegenteil von ernst ist ernst gemeint.